

Dokumentation

Hans-Jochen Vogel

Erinnerung als unumgänglicher Schritt zur Versöhnung

I.

Landläufig wird Erinnern als Wiederherbringen eines Bewusstseinsinhalts durch das Gedächtnis definiert. Und das Gedächtnis seinerseits als die Fähigkeit zur Reproduktion früherer Erlebnisse im Bewusstsein. Das sind wissenschaftlich korrekte, aber wertfreie Erklärungen. Die soziale Bedeutung des Erinnerns bringt uns ein Satz des großen amerikanischen Literaten und Philosophen George Santayana näher. Er lautet: »Wer sich nicht an die Vergangenheit erinnern kann, ist dazu verdammt, sie zu wiederholen«. Schlichter drückt es die alte Volksweisheit aus, dass – nur? – das gebrannte Kind das Feuer scheut, das heißt aber das Kind, das sich noch an die unerfreuliche, zumeist erschreckende Erfahrung mit dem Feuer erinnert. Der Gedanke findet sich übrigens auch im vierten Flugblatt der Geschwister Scholl: »Es ist eine alte Weisheit, die man Kindern immer wieder aufs Neue predigt, dass, wer nicht hören will, fühlen muss. Ein kluges Kind wird sich aber die Finger nur einmal am heißen Ofen verbrennen.« (...)

Gedenken und Erinnern hat aber auch etwas mit Orientierung zu tun. Nur wer weiß, woher er kommt – so sagt eine alte Weisheit –, weiß, wo er sich befindet und wohin sein Weg führt. Aber auch im Sinne der Differenzierung und des Bewertens. Wer auf diese Orientierung verzichtet, reagiert stets nur aus dem Augenblick heraus, bestenfalls instinktiv (...) Das gilt für die individuelle Erinnerung ebenso wie für die kollektive Erinnerung, an der der Einzelne kraft seiner Zugehörigkeit zu einer Familie, einem Volksstamm, einem Volk, einer Nation oder der Menschheit – partizipiert oder doch nach dem Maß seiner Bildung, seiner Erziehung

und seiner eigenen Anstrengungen partizipieren könnte. Und ohne Erinnerung, ohne Inanspruchnahme des kollektiven Gedächtnisses wird es auch dem Einzelnen nicht gelingen, seine Persönlichkeit zu gestalten. Das wird dann gerade auch in Anlehnung und in der Auseinandersetzung mit überkommenen Traditionen geschehen müssen. (...)

Das Wort Versöhnung kommt im Deutschen von dem Wort Sühne. Es bedeutete ursprünglich, Unrecht wieder gut zu machen und Buße zu leisten. Heute definiert man Versöhnung als Wiederherstellung eines getrüben oder zerstörten, davor aber guten Verhältnisses. Versöhnung in diesem Sinne ist deshalb unerlässlich, weil es ohne die Überwindung von Hass und Rachegefühlen, ohne wechselseitiges Vergeben, keinen dauerhaften Frieden geben kann. Eine gelungene Versöhnung schließt also auch das Vergeben ein; das heißt, den Abbau des Grolls, den erlittenes Unrecht bewirkt hat, und den Verzicht auf Vergeltung.

Dabei ist Vergeben nicht gleichbedeutend mit Vergessen. Vielmehr gebietet schon die Achtung vor den Opfern, ihr Leid im Gedächtnis zu bewahren. Gesine Schwan hat dazu in ihrem Buch *Politik und Schuld* folgende Feststellung getroffen: »Nachsicht und Verzeihung bekunden die Bereitschaft, die moralischen Anforderungen zu erhalten, die Widrigkeit der Tat nicht zu vergessen, aber einen Unterschied zwischen Tat und Täter zu machen und die Umkehr so zu honorieren.« (...)

Ein solcher Akt der Versöhnung setzt bei allen Beteiligten unterschiedliche Anforderungen voraus. Sie sind höher und intensiver an den, dem Unrecht zugefügt

worden ist. Er muss sich überwinden und dem die Hand reichen, der ihn verletzt hat. Aber auch dieser muss mit sich zurecht kommen, indem er das Unrecht seines Tuns anerkennt und die Bitte um Verzeihung über seine Lippen bringt. Dass gelegentlich Unrecht, wenn auch in unterschiedlichem Maße, von beiden Seiten geschehen ist, macht die Versöhnung nicht unbedingt leichter.

Bisher war von Individuen die Rede. Es gilt aber auch für die Gemeinschaften und für ganze Völker. In diesen Fällen kommt noch hinzu, dass auf beiden Seiten den Völkern alsbald in wachsender Zahl auch Menschen angehören, die in den Zeiten, in denen das Unrecht geschah, noch gar nicht geboren oder noch Kinder waren. Das macht die Versöhnung nicht entbehrlich. Denn das Verhältnis der Völker zueinander wird auf lange Zeit durch die Erinnerung an Unrecht und erlittenes Leid geprägt. Nur der Prozess der Versöhnung kann dieses Verhältnis entspannen und normalisieren.

An dieser Stelle erscheinen ein paar Worte über die christliche Bewertung der Versöhnung am Platze. Das Evangelium misst ihr substanzielle Bedeutung zu. Dabei ist einmal von der Versöhnung der Menschen mit Gott die Rede. Sie besteht in der Aufhebung der Gottesentfremdung durch die Erlösungstat Christi. Sie steht im Zentrum des christlichen Glaubens. Wichtig ist dem Evangelium aber auch, dass die Menschen einander vergeben und sich miteinander versöhnen. (...)

Versöhnung ist also gleichermaßen göttliches Gebot wie wechselseitige menschliche Verpflichtung zur Sicherung der gemeinsamen Wohlfahrt aller. Aber wie lässt sie sich bewerkstelligen?

Zunächst einmal gilt, dass sie von den Menschen selbst gewollt und verwirklicht werden muss. Von den staatlichen und gesellschaftlichen Institutionen her lässt sie sich fördern, verordnen lässt sie sich nicht. Versöhnung setzt voraus, dass sich

diejenigen, die sie anstreben, als Menschen gleichen Rechts und als Teilhabende an der Gottesebenbildlichkeit anerkennen. Dass Völker und Ethnien die Vorstellung verwerfen, sie seien dem anderen Volk, der anderen Ethnie, überlegen. Für unsere eigene Katastrophe war übrigens der vom Nationalsozialismus propagierte Wahn, das deutsche Volk sei als Herrenvolk allen anderen Völkern überlegen, in erheblichem Umfang mit ursächlich. (...)

Sodann müssen Dialoge über die Ursachen der Konflikte in Gang kommen, und zwar auch über solche, die weit in der Geschichte zurückliegen. (...) Die Schuld zu beschweigen verhindert die Versöhnung. Deshalb muss Unrecht benannt und im Rahmen des möglichen wieder gut gemacht werden. Das aber setzt Erinnern voraus. Vergessen und verdrängen – und diese Versuchung ist auf der Täterseite durchaus relevant – erschweren die Versöhnung oder machen sie überhaupt unmöglich.

II.

Ich will versuchen, das Gesagte auf unsere Nachkriegsgeschichte anzuwenden. Ausgangspunkt dieser Nachkriegsgeschichte waren Verbrechen von schrecklichem Ausmaß: Der Holocaust, dem sechs Millionen Juden zum Opfer fielen, die Tötung von Millionen Polen, die Verfolgung der Sinti und Roma und die Folgen des Zweiten Weltkriegs, den der Deutsche Bundestag im Mai 1997 in einer nahezu einstimmig angenommenen Entschließung als einen »Angriffs- und Vernichtungskrieg, ein vom nationalsozialistischen Deutschland ausgehendes Verbrechen« bezeichnet hat. (...)

Das Bemühen, über diese Geschehnisse und ebenso über die Täter, die Opfer, die, die Widerstand leisteten, und die Ursachen, die zur Katastrophe führten, Klarheit zu gewinnen, sie vor dem Vergessen zu bewahren und daraus die richtigen

Folgerungen zu ziehen, hat nach 1945 einen langen Prozess durchlaufen. Nach Kriegsende haben wir uns nur allmählich und zögernd mit diesen Fragen beschäftigt. (...) Immerhin haben aber die Väter und Mütter unseres Grundgesetzes im Jahre 1949 als Antwort auf das NS-Gewaltregime die Sätze »Die Würde des Menschen ist unantastbar. Sie zu achten und zu schützen ist Verpflichtung aller staatlicher Gewalt« formuliert und in der Präambel auch von der Verantwortung vor Gott gesprochen.

In der Folgezeit waren es einzelne, spektakuläre Verfahren und Ereignisse, die den Blick der Öffentlichkeit und breiterer Volksschichten auf die Vergangenheit lenkten, so – um nur einige Beispiele zu nennen – 1958 der Einsatzgruppen-Prozess, 1961/62 der Eichmann-Prozess, 1963 der Auschwitz-Prozess, dann die Verjährungsdebatten, die 1965 und 1969 und noch einmal im Jahre 1979 im Bundestag stattfanden und schließlich zur völligen Aufhebung der Verjährung für Mord führten, weil sonst zahlreiche NS-Gewalttaten überhaupt nicht mehr hätten verfolgt werden können. Dann vor allem die aus den USA übernommene Fernsehserie *Holocaust* über die Geschichte der Familie Weiß, die 1979 den Völkermord an den Juden Millionen von Deutschen erstmals nachhaltig zu Bewusstsein brachte. Später hat das in ähnlicher Weise der Film *Schindlers Liste* getan. Oder auch der Film *Der Pianist*, der das Überleben des jüdischen Musikers Wladyslaw Szpilman im Warschauer Ghetto eindrücklich schildert. Übrigens wird hier auch gezeigt, wie ein deutscher Offizier zu diesem Überleben beigetragen hat. Zu nennen ist hier auch die 68er Bewegung, die an die Elterngeneration wegen ihres Verhaltens in der NS-Zeit kritische Fragen stellte und damit das bis dahin weit verbreitete Schweigen zwischen den Generationen zu durchbrechen versuchte. Ebenfalls sei die inzwischen historisch gewordene Rede

Richard von Weizsäckers zum vierzigsten Jahrestag des Kriegsendes am 8. Mai 1985 erwähnt. (...)

Mehr und mehr wurden auch ehemalige Konzentrationslager zu Gedenkstätten mit entsprechenden Ausstellungen. An anderen Orten – so auf dem Reichsparteitagsgelände in Nürnberg und auf dem Obersalzberg – entstanden Dokumentations- und Informationsstätten. Eine weitere solche Stätte, die die Rolle der Stadt für den Aufstieg und für die Machtausübung des Nationalsozialismus zum Gegenstand haben soll, wird zur Zeit in München angestrebt. Auch nahm die Zahl der örtlichen Mahnmale, von denen viele auf Drängen lokaler Initiativen errichtet wurden, erheblich zu. Und Roman Herzog bestimmte als Bundespräsident den 27. Januar – den Tag der Befreiung des Vernichtungslagers Auschwitz – zum Tag der Opfer des Nationalsozialismus. Weiterhin ist das Schicksal von Millionen Zwangsarbeitern im Zusammenhang mit der Errichtung der Stiftung »Erinnerung, Verantwortung und Zukunft«, die mit einem Zuwendungskapital von zehn Milliarden DM ausgestattet wurde, deutlicher wahrgenommen worden.

Hingegen blieb die Wehrmacht ungeachtet der anderslautenden Ergebnisse, zu denen die historische Forschung schon in den siebziger und den achtziger Jahren gelangt ist, bis vor Kurzem in den Augen der Allgemeinheit von Schuldvorwürfen und von kritischen Nachfragen im Wesentlichen unberührt. Das hat sich erst im Laufe der Debatte grundlegend geändert, die durch die sogenannte Wehrmachtausstellung ausgelöst worden ist. (...)

An vielen Orten, an denen Rechtsextremisten provozierten, haben sich Initiativen gebildet, die ihnen entgegentreten. Bundesweit fördert die im Jahre 1993 gegründete Vereinigung *Gegen Vergessen – Für Demokratie* diese Sensibilität durch ihre Erinnerungsarbeit. Ihr gehören gegenwärtig in über zwanzig regionalen Ar-

beitsgemeinschaften rund 2.300 Männer und Frauen aus allen politischen und sozialen Gruppierungen an. (...)

III.

Im Einklang mit dem Bemühen um Erinnerung hat auch das Bemühen um Versöhnung im Laufe der Jahrzehnte Früchte getragen. Nicht, dass dieser Prozess schon abgeschlossen wäre und nichts mehr zu tun bliebe.

Gerade mit Blick auf die jüdische Gemeinschaft und auf Israel ist sicher noch ein beträchtliches Stück des Weges zurückzulegen. Manche meinen, das Verhältnis habe sich doch normalisiert und man könne deshalb beispielsweise im Disput mit Israel ebenso umgehen wie mit anderen befreundeten Staaten. Dem widerspreche ich, weil wir auf Grund des Holocaust Israel gegenüber auch heute noch eine besondere Verantwortung tragen. Das verbietet nicht kritische Äußerungen gegenüber der Politik der jeweiligen israelischen Regierung. Aber es verlangt Verständnis dafür, dass Israel das Leben seiner Bürgerinnen und Bürger mit besonderer Intensität, ja mit Erbitterung verteidigt. (...) Auch hier sind Fortschritte unverkennbar. Dazu nur zwei Beispiele. Einmal das neuerliche Anwachsen der jüdischen Gemeinden in unserem Land. Und zum anderen die positive Haltung Israels zur deutschen Beteiligung am UN-Einsatz im Libanon.

Weit fortgeschritten und im Grunde vollzogen ist die Aussöhnung mit Frankreich und den meisten anderen europäischen Staaten (...) Neuerdings gibt es

Sorgen, die deutsch-polnische Aussöhnung könne durch die Diskussion über ein Vertreibungszentrum in Berlin einen Rückschlag erleiden. Auf unserer Seite sehe ich darin, dass im europäischen Kontext auch an das Schicksal der Deutschen erinnert wird, die infolge des Krieges ihre Heimat verloren haben, dann keinen Verstoß gegen das Versöhnungsgebot, wenn gleichzeitig die Ursachen, die dazu geführt haben – also der von Deutschland ausgehende Angriffskrieg, der ja mit dem Überfall auf Polen begann – angesprochen werden.

Die Liste ließe sich verlängern. Etwa um die Entwicklung unseres Verhältnis-

ses zu Großbritannien und den USA. Ein substanzieller Anstoß zur Überwindung der Feindschaft kam übrigens schon 1946 von den Vereinigten Staaten in Gestalt des Marshallplans. Das sollte gerade in einer Zeit nicht vergessen werden, in der häufiger Anlass besteht, die gegenwärtige US-Administration zu kritisieren.

Impulse zur Versöhnung gab es von beiden Seiten. Nur als Beispiele erwähne ich auf deutscher Seite Adenauers Engagement für die sogenannte Westintegration der Bundesrepublik, für das Zustandekommen des ersten Wiedergutmachungsabkommens mit Israel und für den Ellysée-Vertrag, das heißt für den Vertrag über die deutsch-französische Zusammenarbeit, dem eine Erklärung De Gaulles und Adenauers über die Versöhnung beider Völker nach jahrhundertelanger Rivalität vorausging. Oder Willy Brandts Ostpolitik, die gerade auch auf eine Versöhnung mit den Völkern Osteuropas abzielte. Und die jahrzehntelangen Aktivitäten der Aktion *Sühnezeichen Friedensdienste*.

Von den an uns gerichteten Impulsen sei der Brief erwähnt, den die katholischen Bischöfe Polens 1965 nach Ende des Zweiten Vatikanums an die deutschen Bischöfe richteten. Nach einer beeindruckenden Reflexion der über tausendjährigen Geschichte der deutsch-polnischen Beziehungen heißt es am Ende wörtlich: »In diesem allerchristlichsten und zugleich sehr menschlichen Geist strecken wir unsere Hände zu Ihnen hin in den Bänken des zu Ende gehenden Konzils, gewähren Vergebung und bitten um Vergebung. Und wenn Sie, deutsche Bischöfe und Konzilsväter, unsere ausgestreckten Hände brüderlich erfassen, dann erst können wir wohl mit ruhigem Gewissen in Polen auf ganz christliche Art unser Millenium feiern. Wir laden Sie dazu herzlichst nach Polen ein.« (...)

Symbolische Akte der Versöhnung, die bis heute Wiederhall finden, sind zum Bei-

spiel der ganz spontane Kniefall Willy Brandts vor dem Mahnmal im ehemaligen Warschauer Ghetto 1970 oder die Umarmung Adenauers und De Gaulles in der Kathedrale von Reims 1963. Ein Symbol der Versöhnung ist auch die kürzlich wieder eingeweihte Dresdner Frauenkirche, weil zur Finanzierung des Wiederaufbaus auch Spenden aus Großbritannien und den USA und sogar aus Polen flossen. Und weil ich aus München komme, gestatte ich mir auch den Hinweis auf die Einweihung der dort neu errichteten Synagoge und des jüdischen Gemeindezentrums.

IV.

In der Summe ziehe ich also eine eher positive Bilanz. Mir sind alle Unzulänglichkeiten, mir ist auch vielfältiges Versagen völlig bewusst. *Dennoch*: Wenn uns 1945 in der Kriegsgefangenschaft einer den heutigen Stand der Dinge auf dem Gebiet des Erinnerns und der Aussöhnung mit denen vorausgesagt hätte, denen wir schweres Leid zugefügt haben – wir hätten es ihm nicht geglaubt, wir hätten ihn für einen Fantasten gehalten. Die Akzeptanz für das Holocaust-Mahnmal in Berlin zeigt, dass wir dabei sind, einen angemessenen Umgang mit dem dunkelsten Abschnitt unserer Geschichte zu finden. Denn es ist ja wahrlich eine Ausnahme, dass eine Nation im Regierungsviertel ihrer Hauptstadt nicht ein Denkmal eines großen Sieges, sondern ein Mahnmal errichtet, das an schwere Schuld erinnert im Sinne des »Nie wieder! Nicht noch einmal!« Möge diese Mahnung allerorts Gehör finden!

(Auszug aus einem Vortrag im Rahmen einer Veranstaltungsreihe der Paulusakademie in Zürich, am 24. November 2006.)

Hans-Jochen Vogel (*1926)
war von 1987 bis 1991 SPD-Vorsitzender, von 1960 bis 1972 Münchener Oberbürgermeister.